UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 45 / 4. Jahrgang | Frankfurt a. M., 14. Juni 1950 | Seite 1

C b Landesparteien

Der Fall Gereke

Es ist sicher keine Dramatisierung eines nebensächlichen Vorganges, wenn wir die Begegnung des niedersächsischen Landwirtchaftsministers Dr. Günther Gereke mit dem Vize-Ministerpräsidenten der Ostzonen-Scheinregierung, Walter Ulbricht, als einen „Fall Gereke" bezeichnen. Just an dem Tage, an dem Ulbricht von der Unterzeichnung des landesverräterischen Abkommens über die Abtretung der deutschen Ostgebiete von Warschau zurückkehrte, setzt sich Dr. Gereke mit eben diesem Landesverräter an einen Tisch, um mit ihm über Handelsfragen zu konferieren. In derselben Stunde, da dem ganzen deutschen Volke die Schamröte im Gesicht brennt ob der ihm von Ulbricht zugefügten Schmach, bemüht sich Dr. Gereke mit diesem selben Mann ins Geschäft zu kommen. Das ist immerhin ein Vorgang, der vom allgemeinpolitischen Standpunkt aus ebenso bedenklich ist, wie wir ihn vom parteipolitischen her auf das tiefste beklagen.

Zu der allgemeinpolitischen Bedeutung des Vorgangs hat das Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 9. Juni folgende Erklärung abgegeben:

> „Die Bundesregierung hat mit äußerstem Befremden von den Pressemitteilungen über die Besprechungen des stellv. Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsministers des Landes Niedersachsen, Dr. G. Gereke, mit dem stellv. Ministerpräsidenten der Sowjetzonenregierung, Ulbricht, Kenntnis genommen. Dr. Gereke hat sich durch seine Begegnung mit Ulbricht — was immer er auch als Grund für diese Zusammenkunft angibt — in klaren Gegensatz zur Haltung der Bundesregierung gesetzt, die jede Zusammenarbeit mit dem Pieck-Grotewohl-Regime auf das entschiedenste ablehnt und sich in dieser Haltung mit dem gesamten deutschen Volk eins weiß. Die Zusammenkunft von Dr. Gereke mit Ulbricht ist um so befremdenter, als Herrn Gereke nicht unbekannt sein konnte, daß Ulbricht sich kurz zuvor in Warschau anmaßte, deutsche Ostgebiete vertraglich an Polen preiszugeben."

Wie sich angesichts dieser unzweideutigen Erklärung das in Berlin eingefädelte Geschäft realisieren läßt, ist eine Frage, die hier von untergeordneter Bedeutung ist. Grundsätzlich ist wohl die Bemerkung gestattet, daß es längst nicht jedem Minister frei gestellt sein kann, sich in die Ostzone zu begeben, um dort Handelsgeschäfte zu tätigen. Für diesen Interzonenhandel sind die Zentralstellen zuständig, die bisher schon auf diesem Gebiet tätig waren.

Uns interessiert hier in erster Linie die parteipolitische Seite der Angelegenheit. Dr. Gereke ist ein Exponent der CDU, und es ist für das Ansehen der Union im In- und Auslande nicht gleichgültig, wie sich diese zu dem Schritt Dr. Gerekes stellt. Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist die Haltung Dr. Gerekes nicht nur befremdend, sondern in höchsten Maße parteischädigend. Wer das verschweigen wollte, würde die ostzonalen Gewaltpolitiker in ihren Stellungen bestätigen und sie als gleichberechtigte Partner anerkennen; der würde aber logischerweise auch das ungeheure Elend gutheißen, das durch jene Machthaber über das deutsche Volk in der Ostzone gekommen ist, und der würde nicht zuletzt den Terror billigen, dem insbesondere das christliche Volk der Ostzone ausgesetzt ist, das mit letzter Hingabe an die Ideen der CDU, an Ordnung, Recht und Freiheit glaubt. Wir wissen nicht, wie dieses Volk über Dr. Gerekes Gespräch mit Ulbricht urteilt, wir fürchten aber, daß diese gequälten Menschen in ihrer Verzweiflung sich händeringend fragen, wo denn nun eigentlich noch der wahre Geist der CDU lebendig ist.

Dr. Gereke sind solche Erwägungen nicht gekommen — oder er hat dem wirtschaftlichen Zweck seines Vorhabens eine solche Stellung eingeräumt, daß dagegen alle moralischen Bedenken zu einem Nichts zusammensanken. Er wird aber nicht der Meinung sein, daß die westdeutsche CDU für diese Vorherrschaft des Geschäftemachens über die sittlichen Grundlagen auch der Politik auch nur das geringste Verständnis aufbringt. Sie kann das um so weniger, als auch Herrn Dr. Gereke der Beschluß des CDU-Zonenvorstandes der britischen Zone nicht unbekannt sein kann, demzufolge es allen CDU-Mitgliedern untersagt ist, mit Persönlichkeiten der Sowjetzone ohne Autorisation irgendwelche Verhandlungen zu führen. Wenn Dr. Gereke sich wider besseres Wissen über diesen Beschluß hinwegsetzt, ist das eine Disziplinlosigkeit, die wir im Interesse des Ansehens der Union nicht stillscheigend übergehen oder mit dem Hinweis auf Konservenbüchsen abtun können. Die Parteileitung des Landesverbandes wird aus diesem Verhalten raschestens die einzig möglichen Konsequenzen ziehen müssen.

Sie wird dabei auch zu prüfen haben, ob und inwieweit die führende Mitarbeit Dr. Gerekes in dem von der SED protegierten gesamtdeutschen Arbeitskreis der Forst- und Landwirtschaft mit den Grundauffassungen der Union im Einklang steht. Dr. Gereke hat in diesem Gremium und vor der Presse niemals einen Zweifel gelassen, daß ihm die bedingungslose Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland als das höchste politische Ziel vorschwebt. „Deutschlands Stimme", eines der Organe der SED, hat ihm noch am 14. April d. J. bestätigt, daß Dr. Gereke einer der aktivsten Vorkämpfer dieser Zusammenarbeit sei. Wer sich solcher Sympathien erfreut, hat es leicht, die Tür zum Dienstzimmer eines Herrn Ulbricht zu finden. Nur paßt diese Geschäftigkeit wenig zu den Vorstellungen, die die CDU von Würde und politischer Selbstachtung hat. Ob die SPD die Weitherzigkeit aufbringt, sich zu einem anderen Urteil zu bekennen, hängt davon ab, wie sich die niedersächsische SPD-Regierung Kopf zum Fall Dr. Gereke verhält.

*

Der Landesausschuß der CDU in Niedersachsen hat gegen Dr. Gereke ein Parteiausschlußverfahren eröffnet. Gereke wird beschuldigt, durch seine Verhandlungen mit Ulbricht das Ansehen der Partei geschädigt zu haben.

C a Arbeitsgemeinschaft

Konferenz der Landesvorsitzenden

Die für den 19. Juni anberaumte Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU mußte aus zwingenden Gründen auf den 26. Juni verschoben werden (vergl. Nr. 44 v. 10. Juni 1950).

C b Landesparteien

Landesversammlung Nordwürttemberg

Die Delegierten der CDU Nordwürttemberg wurden zur Landesversammlung für den 17. und 18. Juni nach Stuttgart eingeladen. Der erste Sitzungstag, dem eine Beratung des Landesvorstandes vorausgeht, sieht Referate des Landesvorsitzenden, Abg. Simpfendörfer, und des Abg. Wiedemeier zur Landespolitik vor. Zu den Fragen der Einkommensteuernovelle, des Wohnungsbauprogramms und des Mitbestimmungsrechts sprechen die Bundestagsabgeordneten Bausch, Dr. Brönner und Kern. Für den zweiten Sitzungstag sind Referate von Dr. Gerstenmaier zum Flüchtlingsproblem und von Dr. Vogel zur deutsch-französischen Verständigung vorgesehen. Landwirtschaftsminister Dr. Stooss und Prof. Dr. Baur nehmen zu den Fragen der Landwirtschaft Stellung.

C b Landesparteien

Reorganisation der CDU Niedersachsens

Auf einer Tagung des Bezirksvereins Hildesheim der CDU in Kreiensen erörterte MdL Fratzscher erneut die im Zusammenhang mit der geplanten Reorganisation der niedersächsischen CDU stehenden Probleme (vergl. Nr. 43 v. 7. Juni 1950). Er betonte, daß auf dem für Anfang August in Osnabrück in Aussicht genommenen Parteitag des Landesverbandes Hannover unter allen Umständen eine Entscheidung über den künftigen organisatorischen Aufbau der niedersächsischen CDU fallen werde. Uebereinstimmung herrschte bei allen anwesenden Delegierten darüber, daß die Bildung eines Blocks der bürgerlichen Parteien durch eine enge Zusamenarbeit als unumgänglich angesehen werden müsse, um zu einer einheitlichen und geschlossenen Willensbildung aller bürgerlichen Parteien zu gelangen.

A II e 4 Bundestag

Fraktionsstärke soll erhöht werden

Nach einem Entwurf des Geschäftsordnungsausschusses über eine neue Geschäftsordnung für den Bundestag soll die Mindeststärke der Fraktionen von 10 auf 15 Mitglieder erhöht werden. Zentrum und WAV würden hierdurch als selbständige Fraktionen ausgeschaltet werden, da beide nur 10 bzw. 11 Mitglieder haben. Dem Präsidium sollen zwei weitere Schriftführer beigegeben und dem Präsidenten das Haus- und Polizeirecht in allen Gebäuden des Bundestages zugestanden werden. In den Ausschußberatungen wurde angeregt, auch in Deutschland die in den USA bekannten „Hearings" einzuführen, bei denen bestimmte Personen, auch Regierungsmitglieder, zur Befragung vor einen parlamentarischen Ausschuß geladen werden können.

A V b Bremen

CDU-Mißtrauensantrag abgelehnt

Die Bremer Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung vom 1. Juni den von der CDU-Fraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Senator für das Bauwesen, Emil Theil, mit 62 gegen 22 Stimmen der CDU und DP abgelehnt. Der Abstimmung ging eine fast dreistündige außerordentlich lebhafte Debatte voraus, die Abg. Müller-Hermann (CDU) mit der Begründung des Mißtrauensantrages einleitete. Er bedauerte, daß Theil eine Dienstreise nach Bonn angetreten und damit den Eindruck hervorgerufen habe, er habe „gekniffen". Zur Sache führte Abg. Müller-Hermann aus, durch das Verhalten des Bausenators hätten die von der Finanzdeputation im Februar 1950 als Vorschüsse für das diesjährige Bauvorhaben bewilligten 5 Mill. DM nicht rechtzeitig der Bauwirtschaft zugeführt werden können. Die Folge sei eine nicht unerhebliche Verzögerung des Wohnungsbaues und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Bausektor. Außer der SPD sprachen sich die KPD und die BDV gegen den Antrag aus, der dann in namentlicher Abstimmung der Ablehnung verfiel.

A V I Württemberg-Baden

Volksbegehren gescheitert

Das erste Volksbegehren auf Auflösung eines Länderparlaments seit Bestehen der Bundesrepublik, das von der „Deutschen Gemeinschaft" in Württemberg-Baden angestrengt wurde, ist kläglich gescheitert. Das Volksbegehren war mit der Begründung eingeleitet worden, der Landtag sei unfähig, Korruption und Mißwirtschaft in der staatlichen Verwaltung zu beseitigen. Nach dem vorliegenden Ergebnis haben sich an dem Volksbegehren nur 21 256 Personen beteiligt. Nach der Verfassung müssen sich aber für die Abhaltung einer Volksabstimmung mindestens 100 000 Personen aussprechen. Der Vorsitzende der „Deutschen Gemeinschaft", Minister a. D. Mattes, erfand für seine Niederlage die seltsame Begründung, die Bevölkerung habe sich aus Angst vor Repressalien an der Abstimmung nicht beteiligt.

A III 4 NEI

Tagung der NEI

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. von Brentano, wird vom 16. bis 19. Juni an einer Tagung der Nouvelles-Equipes Internationales (NEI) in Paris teilnehmen. Im Vordergrund der Beratungen stehen mit dem Schumanplan zusammenhängende Fragen.

C b Landesparteien

Berlin fordert freien Wertpapierverkehr

Die Berliner Stadtverordneten stimmten am 1. Juni einstimmig einem CDU-Antrag zu, durch den der Magistrat beauftragt wird, sich bei den alliierten Behörden dafür einzusetzen, daß die Verbringung von Wertpapieren aus dem Bundesgebiet nach West-Berlin gestattet wird. Nach den bisherigen Bestimmungen ist lediglich die Verbringung von Wertpapieren aus Berlin nach dem Bundesgebiet erlaubt. Dies bedeute, so heißt es in der Begründung der CDU, eine Diskriminierung Berlins, die zu einem unberechtigten Mißtrauen gegen Berlin führen könne. Außerdem werde dadurch eine Kapitalflucht aus Berlin begünstigt. Schließlich sei diese Behinderung ein Hemmnis für die Wiedereröffnung einer amtlichen Wertpapierbörse in Berlin.

A V d Hessen

Hessische Volksabstimmung am 9. Juli

Das hessische Kabinett setzte den Termin für die Volksabstimmung über die Verfassungsänderung auf den 9. Juli fest. Die Bevölkerung soll darüber abstimmen, ob in dem Verfassungsartikel 75 über die Landtagswahl die Worte „Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl" gestrichen werden. Der Satz lautete dann nur noch „Der Landtag besteht aus den vom Volke gewählten Abgeordneten." Das Wahlgesetz sieht für die Landtagswahl ein aus Mehrheits- und Verhältniswahl kombiniertes Verfahren vor. Die Volksabstimmung ist erforderlich, weil in Hessen Verfassungsänderungen von der Mehrheit des Landtages beschlossen und von der Mehrheit der Wahlberechtigten gebilligt werden müssen.

A IV b f Sozialversicherung

Zur Reform der Sozialversicherung

Auf einer sozialpolitischen Tagung forderte die Berliner Junge Union die Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission, die Aufwand, Leistungen und Zweckmäßigkeit aller bestehenden Formen der Sozialversicherung prüfen soll. Die JU schlägt vor, die Sozialversicherung für das gesamte Bundesgebiet und Berlin nach dem reinen Versicherungsprinzip in Selbstverwaltungsorganen aufzubauen. Eine allgemeine Staatsversorgung, die sich auf Steuermittel stützt, wurde abgelehnt. Die Versicherungspflicht müsse mindestens den Personenkreis umfassen, der selbst nicht in der Lage ist, im Bedarfsfalle für sich und seine Angehörigen ausreichend zu sorgen. Ersatzkrankenkassen müßten ohne Einschränkung alle Personenkreise der Versicherungspflichtigen aufnehmen, die es wünschten. Betriebs-, Innungs- und ähnliche Sonderkrankenkassen lehnt die JU ab. Ferner wird die Wiedereinführung der Altersrente gefordert. Hinterbliebenenrenten seien ohne Rücksicht auf Berufsunfähigkeit zu gewähren.

C d Junge Union

Auftrag in England

Dr. Maria Roos, Köln, der Jungen Union als eine ihrer unentwegtesten Vorkämpferinnen bekannt, hat am 6. Juni die menschliche und geistige Betreuung jener weiblichen deutschen Angestellten auf der englischen Insel, mit der englischen Amtsbezeichnung eines weiblichen Advisery Welfare Officer begonnen. Erstmals berät und unterstützt damit eine deutsche Frau das britische Arbeitsministerium in diesen Fragen, deren gedeihliche Erledigung für einige Tausende deutscher Mädchen und Frauen so lebenswichtig ist.

Denken Sie bitte an die baldige Einzahlung der Bezugsgebühren auf Postscheckkonto 39967

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 — Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2063
Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel